

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Voormärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Der Fürstenstandal von Mecklenburg.

Ein Gericht vertritt Mätressenansprüche. — Die Wohnung der montenegrinischen Kronprinzessin. — Ein fürstlicher Verschiebungsversuch.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute zunächst mit den Schmalstabener Forsten. Der Vertreter der preussischen Regierung teilte mit, daß diese Forsten in der Tat von dem König von Preußen an den Fürsten von Gotha für Waffenhilfe verpfändet worden seien und daß die Weggabe des Landes an die Koburger Fürsten vom Preussischen Landtag nicht genehmigt sei. Eine solche Genehmigung sei damals nicht erforderlich gewesen, weil es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag gehandelt habe, durch den der König über ein im Krieg erobertes, d. h. erbeutetes Land, verfügt habe. Ein Vertreter der bayerischen Regierung teilte ferner mit, daß der Herzog von Koburg als Entgelt für die ihm geschenkten Forsten je ein Viertel ihrer Einkünfte an Koburg und Gotha jährlich bezahlte habe. Es handelt sich jedesmal um 65 000 Mark. Die Kriegsschäden des Landes hätten allerdings 150 000 Taler betragen. Eigentümlicherweise werde der Koburger Anteil der Einkünfte der Forsten jetzt an die bayerische Regierung gezahlt, nachdem Koburg an Bayern gefallen sei.

Der Ausschuss wendet sich dann der Auseinandersetzung mit den bayerischen Fürsten zu. Ein Vertreter der bayerischen Regierung erklärte, sie widerspreche nachdrücklich einer rechtsrechtlichen Regelung, da eine solche einen Eingriff in die Rechte der Länder darstelle. Für Bayern sei die Auseinandersetzung endgültig erledigt, ein Aufwertungsanspruch sei von der königlichen Familie nicht gestellt worden.

Ueber die Verhältnisse in Mecklenburg-Strelitz erklärte ein Vertreter der dortigen Regierung: Nach dem Tode des letzten Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz sei der nächste Thronfolger der Herzog Karl Michael von Rußland gewesen. Dieser habe aber während des Krieges auf Seiten Rußlands gegen Deutschland gekämpft. Er habe auch die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben und die russische Staatsangehörigkeit erlangt. Er sei aber nach dem Gutachten der gestrigen Rechtslehrer nach allgemeinem Fürsten- und Hausrecht dennoch als von der Thronfolge ausgeschlossen nicht anzusehen gewesen. Er habe aber gegen eine Zahlung von fünf Millionen Mark auf sein Thronfolgerecht verzichtet. Die Erbinnen des verstorbenen Großherzogs seien zunächst durch einen Vergleich abgefunden worden, hätten diesen aber später angefochten, weil sie angeblich unter Zwang gestanden hätten. Es sei dann ein neuer Vertrag mit ihnen geschlossen worden, bei dem das Mecklenburger Land die fürstliche Familie sehr freigebig behandelt habe.

Trotzdem seien in den folgenden Jahren neue Ansprüche erhoben worden, besonders Aufwertungsansprüche in Höhe von 5,6 Millionen Mark.

Die herzogliche Familie verlange auch Haftung des Staates für Ansprüche von zwei Mätressen des früheren Großherzogs gegen seine Erben. Die mecklenburgische Regierung sei der Meinung, daß es für den Staat, namentlich für ruhige Arbeit und zureichende Regierungswirtschaft geradezu unerträglich sei, wenn nach allen noch so freigebigen Abfindungen der Fürsten immer wieder neue und nicht unerhebliche Ansprüche geltend gemacht würden. Eine Entseignung ohne Entschädigung sei natürlich ausgeschlossen.

Genosse Dr. Rosenfeld fragte nach dem Wert, welchen die Erben des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz erhalten hätten. Er wünschte auch Auskunft darüber, ob die Erbinnen wirklich verlangten, daß der Staat für sehr eigentümliche Ansprüche von Geliebten früherer Herzöge aufkommen solle. Er wies darauf hin, daß die angebliche Komtesse de Wazzenau nicht eine Spanierin, sondern eine Deutsche sein solle, die den ausländischen Titel von der Republik Liberia bekommen habe, und fragte ferner, ob die Gräfin Bugna wirklich 5 Millionen verlange als Gegenleistung für die Rückgabe von kompromittierenden Briefen des Herzogs. Der mecklenburgische Minister erwiderte: Der Wert der der großherzoglichen Familie übergebenen Ländereien beträgt 3 bis 4 Millionen. Die montenegrinische Kronprinzessin habe einen Wigananspruch gehabt und daraufhin zunächst 800 000 Mark und später nochmals 5 Millionen erhalten. Auch habe man ihr 1 Million Mark für die Einrichtung einer Wohnung geben müssen, da sie in schlechten Verhältnissen gelebt habe. Bezüglich der Mätressen sei die Regierung nicht näher informiert, als daß wirklich die erwähnten Rentenansprüche gestellt wären.

Der einen Dame habe ein Gericht bereits eine Rente von 6000 Mark jährlich zugesprochen.

Genosse Landsberg fragte, wie es sich mit der Begründung des Anspruchs auf Abfindung wegen Herausgabe der den Großherzog kompromittierenden Schriftstücke verhalte. Der Minister erwiderte, daß dem Staat hierüber nichts bekannt sei.

Ausdem werden die Verhältnisse in Baden und schließlich die in Braunschweig erörtert. Dabei schildert der Abgeordnete Hampel (Wirtschp.) die Lasten der Braunschweiger Fürsten und ihre Notlage so herzerweichend, daß Genosse Landsberg ihm zuruft: „Rich wundert nur, daß sie überhaupt noch leben.“

Zur Geschäftsordnung Genosse Dr. Rosenfeld: Es werden uns foren Mittelungen gemacht, die wir glauben, nicht einen Augenblick für uns behalten zu dürfen, Mittelungen, aus denen hervorgeht, daß der Reichstag Gefahr läuft, mit dieser ganzen gesetzgeberischen Arbeit zu spät zu kommen. Wir erfahren nämlich, daß der Herzog von Koburg drauf und dran ist, eine große Auslandsanleihe aufzunehmen und die ihm jetzt durch Reichsgerichtsurteil zugespprochenen Ländereien mit Hypotheken zu belasten. Den Hypothekengläubigern würde dann der öffentliche Glaube des Grundbuches schaden, und das deutsche Volk hätte das Nachsehen. Das darf nie und nimmermehr geschehen. Im Augenblick kann der Reichstag leider nicht eingreifen. Aber die Reichsregierung und die Landesregierungen mögen aufpassen. Es wird Sache der Regierungen und des deutschen Volkes sein, die Augen offen zu halten und jede Verschiebung oder Belastung der früheren oder jetzigen fürstlichen Werte zu verhindern. Die Warnung an alle Beteiligten mag hiermit ins Land hinausgehen: Die Landesregierungen trifft die volle Verantwortung, wenn jetzt das deutsche Volk etwa noch im letzten Augenblick um sein Recht gebracht werden sollte.

Die weitere Beratung wurde auf Donnerstag vertagt.

Abbau der Sozialversicherung?

Zur Knappschaftsnovelle.

Der soziale Sinn der deutschen Revolution offenbarte sich in ihrer ersten Periode in einer Reihe wichtiger sozialpolitischer Errungenschaften. Diese zu vollenden und im Gesetzbuch der Arbeit zusammenzufassen, sollte die Krönung des Ganzen sein.

Warum die Entwicklung anders verlief, bleibe in diesem Zusammenhange ununtersucht. Nicht zuletzt vermochte die Reaktion in Deutschland so zu erstarken, weil es der deutschen Arbeiterklasse zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte an der notwendigen Einigkeit fehlte.

Wie eine letzte große sozialpolitische Errungenschaft ragt in den Beginn der Reaktionsperiode das Reichsknappschaftsgesetz hinein. Der Reichstag verabschiedete das Gesetz am 23. Juni 1923; es trat am 1. Januar 1924 in Kraft.

Das Reichsknappschaftsgesetz verwirklichte in erheblichem Umfange eine alte Forderung der Bergarbeiter und Angestellten des Bergbaus. Neben dem Bergbau sind auch die Nebenbetriebe in das Gesetz einbezogen. Die Abgrenzung war nicht immer leicht; die Schwierigkeiten und inneren Widersprüche zeigen nur, wie wohlbegründet die Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach einer allgemeinen Vereinheitlichung und Neuordnung der gesamten Sozialversicherung ist. Das Reichsknappschaftsgesetz bedeutete auch einen Schritt vorwärts in dieser Richtung. Es brachte eine weitgehende Vereinheitlichung der Sozialversicherung für den Bergbau und seine Nebenbetriebe und einen Ausbau der Leistungen dieses Reichsversicherungsträgers. Wie weit früher die Zersplitterung und die damit verbundene Leistungsunfähigkeit ging, zeigt die Tatsache, daß es 1913 allein in Preußen 111 Knappschaftsvereine gab, von denen 11 Vereine weniger als 100 Mitglieder hatten. Der neu geschaffene Reichsversicherungsträger vereinigte in sich die Krankenversicherung, die Invaliden- und Angestelltenversicherung und als wesentlichste Leistung für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters die Pensionsversicherung. Außerhalb dieses Reichsversicherungsträgers blieb die Unfallversicherung. Das Reichsknappschaftsgesetz stellte die völlige Freizügigkeit innerhalb des Reichsgebiets her, es brachte die Einführung der Alterspension und der gleitenden Rente, die sich automatisch erhöht bei Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Beschäftigten. Die Berechnung aller vor dem 1. Januar 1924 zurückgelegten Beitragszeiten erfolgt nach den heutigen Sätzen der Pensionskasse. Man kann also sagen: Das Reichsknappschaftsgesetz ist in mancher Beziehung vorbildlich für den Ausbau der übrigen deutschen Sozialversicherung.

Der Durchführung des Reichsknappschaftsgesetzes bereiteten die Bergbaugewaltigen von Anfang an die größten Schwierigkeiten. Die erste bedeutsame Gelegenheit bot ihnen die Gründungsversammlung im Dezember 1923 in Dresden. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, daß sie die Verantwortung für die Durchführung der im Gesetz vorgesehenen Mehrleistungen nicht übernehmen könnten. So sabotierten sie unter dem Deckmantel der „Verantwortung“ das Gesetz und etablierten sich als Instanz, die über dem Reichstag steht. Es kam deshalb auch nicht zur Verabschiedung der Säzung durch die Gründungsversammlung; die Säzung mußte durch den Reichsarbeitsminister erlassen werden. Dieses Verhalten der Unternehmer war gleichzeitig ein Schlag gegen das Selbstverwaltungsrecht, wurde es doch praktisch bei dieser wichtigen Gelegenheit außer Kraft gesetzt. Im weiteren Verlauf des Kampfes gegen das Reichsknappschaftsgesetz benutzten die Unternehmer ihren Einfluß in den paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungsorganen zu einer beispiellosen Gesetzsabotage. Alle Lücken des Gesetzes wurden zuungunsten der Versicherten ausgelegt, Mindestleistungen als Höchstleistungen bezeichnet, was das Gesetz nicht zwingend vorschrieb, wurde nicht durchgeführt. Der Wegfall der Mehrleistungen, insbesondere der Familienhilfe in der Krankenversicherung hatte die verhängnisvollsten gesundheitlichen Schädigungen zur Folge. Die in der „Bergarbeiterzeitung“ vom 6. Juni 1925 veröffentlichten Berichte der Gemeindevärzte über die Wirkung des Abbaus der Familienhilfe in der Knappschaft reden darüber eine deutliche Sprache. Der Reichsarbeitsminister ist an dieser Entwicklung mitschuldig; er hat im Dezember 1923 an den damals als Reichskommissar tätigen gegenwärtigen Vorsitzenden des Reichsknappschaftsvereins, Geheimrat Weidtmann, ein Schreiben gerichtet, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß nur die Pflichtleistungen zu gewährleisten sind. Die Unternehmer wollten auf diese Weise die Arbeitnehmer müde machen und auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege den Abbau des Reichsknappschaftsgesetzes, insbesondere den Abbau der Altersrente vorbereiten.

Dem Drängen der Unternehmer folgend, hat die Rechtsregierung dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes gehen lassen. Der Reichstag soll sich mit dieser Novelle sofort beschäftigen.

Die Begründung der Novelle zeigt, wie sehr das Reichsarbeitsministerium mit den Unternehmern übereinstimmt. Es wird erklärt, daß die Vorschriften über Art und Maß der knappschaftlichen Leistungen hauptsächlich deshalb abänderungsbedürftig sind, weil sie zu einem Teile den Bedürfnissen der Versicherten nicht genügen, zu einem anderen Teile

Der französische Parteitag.

Für Regierungübernahme — gegen Eintritt in ein bürgerlich geführtes Kabinett.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei ist heute morgen gegen 2 Uhr, nachdem die Resolutionskommission in mehr als stündigen Verhandlungen sich vergeblich um das Zustandekommen einer Einigungsformel bemüht hatte, mit der Annahme der Resolution Blum-Taure zu Ende gegangen. Sie hat 1766 gegen 1331 Stimmen erhalten, die der Resolution Renaudel zugefallen sind.

Die angenommene Resolution gibt einleitend der Ueberzeugung von der Möglichkeit einer glücklichen und wirksamen Sanierung der finanziellen Lage Ausdruck und erklärt die Bereitschaft der Sozialisten, die Politik der parlamentarischen Unterstützung weiter zu betätigen gegenüber jeder Regierung der Demokratie und des Friedens, die entschlossen sei, die Widerstände des Unternehmertums und des Senats gegen eine den Interessen des Landes dienende Finanzreform zu brechen.

Wenn die Partei es auch kategorisch ablehnen müsse, einige ihrer Mitglieder in ein von anderen Gruppen gebildetes Kabinett zu entsenden, so sei das keineswegs so zu verstehen, daß sie sich unter den gegebenen außergewöhnlichen Umständen der politischen Verantwortung entziehen wolle. Die Sozialistische Partei sei vielmehr bereit, die Regierung zu übernehmen, sei es allein, sei es mit der parlamentarischen Unterstützung der Linksgruppen, oder aber in der Weise, daß sie in das von ihr zu bildende Kabinett Mitglieder dieser Gruppen berufe, jedoch immer unter der Bedingung, daß sie selbst in der Lage sei, innerhalb der Regierungspolitik die Vorherrschaft der von ihr zur Rettung des Landes für notwendig erachteten kühnen und entschlossenen Lösungen zu sichern.

Die Resolution erinnert sodann die Vertreter der Partei im Parlament an die Notwendigkeit der Disziplin und der Einheit in der parlamentarischen Aktion, die die unerlässlichen Voraussetzungen zur Wahrung ihrer Eigenheit und Unabhängigkeit und zur Führung des Kampfes gegen den Kapitalismus seien. Falls die besonderen Umstände es erforderlich machten, mit anderen Parteien

in Fühlung zu treten oder mit ihnen zusammenzugehen, so dürfte dieses Zusammengehen niemals den Charakter einer dauernden oder organischen Bindung übernehmen. Um andererseits ihrer historischen Tradition und ihren sozialistischen Pflichten gerecht zu werden, habe die Fraktion für die verschiedenen politischen, finanziellen und sozialen Fragen ihre eigenen Lösungen vorzuschlagen und auf der Tribüne der Kammer die Vorschläge sozialistischen Ursprungs oder sozialistischer Inspiration zu verteidigen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, im Falle ihrer Ablehnung für diejenigen Vorträge zu stimmen, die sich den sozialistischen Forderungen am weitesten nähern.

Reichsbankdiskont um 1 Proz. herabgesetzt.

Eine bedenkliche Maßnahme.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, gab Reichsbankpräsident Schacht in der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, die heute vormittag um 11 Uhr begann, bekannt, daß das Direktorium sich entschlossen habe, den Reichsbankdiskont von 9 auf 8 und den Lombardzinsfuß von 11 auf 10 Proz. herabzusetzen. Außerdem wird die Beleihungsgrenze für Goldpfandbriefe von 50 auf 66% Prozent herabgesetzt.

Die Krise in Ungarn.

Zusammenschluß der Opposition?

Budapest, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den parlamentarischen Kreisen von Budapest verläutet, daß unter Führung des Grafen Apponyi sich die liberalen Gruppen der Opposition zu einem Block zusammenschließen wollen. An der Spitze ihrer Forderungen soll die auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses stehen.

Hittlers Bundesgenosse Uain verhaftet.

Wien, 12. Januar. (E.P.) Der „Tag“ meldet aus Budapest, daß gestern in später Nachtstunde der Abgeordnete Dr. Uain, der Führer der ungarischen Rassenhüter, verhaftet worden ist. Die Verhaftung steht in engem Zusammenhang mit der Aushebung der Jüdischerfamilie in Rolland.

auf die durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschwächte Wirtschaft nicht hinreichend Rücksicht nehmen. Die im Laufe von 1 1/2 Jahren gesammelten Erfahrungen hätten zum Teil die Richtigkeit der schon bei Beratung des Reichsnappschaffengesetzes geäußerten Bedenken, daß die hoch bemessenen Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung den Bergbau über Gebühr belasten, bestätigt.

So ist es denn auch nicht weiter erstaunlich, wenn in der Begründung davon geredet wird, daß sich die Krankenversicherung als Unterversicherung, die Altersversicherung teilweise als Überversicherung darstelle.

Die Novelle bringt in der Krankenversicherung die Familienhilfe als Pflichtleistung. Damit wird aber nur der Zustand wieder hergestellt, der vor Schaffung des Reichsnappschaffengesetzes allgemein bestand. Es handelt sich also im Grunde genommen um keinen prinzipiellen Fortschritt; dazu kommt, daß die Unternehmer die vom Gesetzgeber gewollte Einführung der Familienhilfe als freiwillige Leistung sabotiert haben. Jetzt soll die Einführung der Familienhilfe als Pflichtleistung dazu benutzt werden, die Altersversicherung — Lebensversicherung nennt sie der Entwurf — abzubauen! Gegen diese Absicht haben die Bundesvorstände des ADGB und AFA-Bundes scharfen Protest erhoben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich mit aller Entschiedenheit für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzen.

Wenn das Reichsarbeitsministerium sich heute dazu hergibt, den Unternehmern Handlangerdienste zu leisten, so stellt es sich damit in einen Gegensatz zu seinen früheren Auffassungen. Bei der zweiten Lesung des Reichsnappschaffengesetzes im Reichstage erklärte der Reichsarbeitsminister:

Die gefährliche Arbeit des Bergmannes ist zweifellos eine Hauptstütze unserer Volkswirtschaft. Daher auch der wohl begründete Anspruch des Bergmannes auf eine ausreichende Sonderfürsorge. Schafft schon jede Versicherung eine gewisse innere Freiheit gegenüber dem Beschicksale des Lebens und des Berufes und insoweit auch ein gut Stück Arbeits- und Berufsfreiheit, so muß dieses Wort vorzüglich für den Grubenarbeiter in seinem Kampfe mit den dem Bergbau eigentümlichen großen Gefahren gelten. Im Endergebnis kommt die knappschaftliche Versicherung trotz ihrer sozialen Belastung, die sie für den Bergbau mit sich bringt, wieder doch der gesamten Volkswirtschaft durch die Förderung des Bergbaues zugute.

Wir meinen: Anspruch auf eine ausreichende Fürsorge haben alle Arbeitnehmer. Gerade deshalb fordern wir bei der Novellierung des Reichsnappschaffengesetzes: Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversicherung!

Gegen Hindenburg-Luther-Strefemann. Geschäftlich-politische Aktion der Hugenberg-Presse.

Herr Hugenberg hat im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vor einigen Tagen einen Artikel veröffentlicht, in dem er den Gedanken einer großen Rechten aus der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei vertritt, versteht sich, einer großen Rechten im nationalistischen Fahrwasser.

Dieser Aufsatz war die Einleitung zu einer geschäftlich-politischen Aktion der zu seinem Konzern gehörigen Interessentenpresse. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte heute einen langen Aufsatz „Die Auswertung Deutschlands“, in dem Dames-Abkommen und Locarno-Politik für die Wirtschaftskrisis und ihre Auswirkungen verantwortlich gemacht werden. Dieser Aufsatz wird gleichzeitig auf Werbeblättern des „Lokal-Anzeigers“ verbreitet, die in fettem Druck die Frage stellen: „Warum Teuerung? Konturser? Arbeitslosigkeit?“ Und die Antwort darauf lautet: „Durch die Auswirkungen des Dames-Abkommens, dieser jüngsten durch Locarno neu bestätigten wirt-

schaftlichen Kodifizierung der Politik von Versailles und des Erfüllungswahnes.“

Politisch gesehen, richtet sich die Presseaktion des Herrn Hugenberg gegen Hindenburg, der die Politik von Locarno materiell gebilligt und die Verträge unterzeichnet hat, gegen Luther, der die Mitverantwortung für das Dawes-Abkommen trägt und als Reichskanzler die Politik von Locarno geführt hat, gegen Strefemann, der als Unterhändler in London das Dawes-Abkommen abgeschlossen hat, und in Locarno die Locarno-Verträge eingegangen ist. Diese Aktion bedeutet die Wiederaufnahme der größten Agitationspolitik unter der alten Phrase „Gegen den Erfüllungswahnsinn“, nur, daß die neue Hege nicht gegen die Linke, sondern gegen Hindenburg, Luther, Strefemann gerichtet ist.

Sie richtet sich aber auch gegen die Haltung der Hugenberg-Presse während des Kampfes um den Dawes-Plan. Damals hat sie selbst den Deutschnationalen zugeredet, für den Dawes-Plan zu stimmen — gab es dabei doch Regierungsstöße einzuhandeln. Geschäft ist alles!

Die Aktion der Hugenbergschen Interessentenpresse ist aber nicht nur politisch, sondern vor allem auch geschäftlich zu verstehen. Herr Hugenberg möchte aus der dunklen Stimmung der durch Teuerung, Konturser, Arbeitslosigkeit bedrückten Bevölkerung für seinen Reinigungskonzern Kapital heraus schlagen. Er will an der allgemeinen Not verdienen. Herr Hugenberg hat in der Inflationszeit an der allgemeinen Not verdient. Die Unfähigkeit von ihm und seinesgleichen, die sich als Wirtschaftsführer gebärden, nach dem Abschluss des Dawes-Abkommens sich wirtschaftlich auf die durch Währungsstabilisierung und Dames-Plan veränderte Situation einzustellen, ist der tiefste Grund für Teuerung, Konturser, Arbeitslosigkeit. Und nun will er von denen, die an dem Wirtschaftsende schuld tragen, aus den Leiden der Betroffenen noch einen Extraprofit heraus schlagen. . . .

„Rettungslos pathologisch.“ Wie die Kommunisten sich selbst einschätzen.

Der Hinauswurf des Iwan Raj aus der Kommunistischen Partei fällt sehr auch die Spalten der „Roten Fahne“. Das Politbureau des kommunistischen Zentralkomitees ließ die Schale seines Jornes über den Druckereistürmer in einer langen offiziellen Erklärung aus Selbstverständlichkeit über Iwan Raj von heute an ein gemeingefährliches Individuum. Raj macht blind, manchmal aber auch sehend, und in diesem Falle scheint der Haß der Kommunisten die Augen über ihren ehrenwerten Iwan Raj geöffnet zu haben. Wörtlich heißt es über ihn:

Raj verfertigte in den letzten Monaten Denkschrift über Denkschrift, in denen er verantwortliche Genossen der tollsten Geschichten bezichtigte. Eine vom 31. durchgeführte Untersuchung ergab, daß es sich in allen diesen Fällen um reine Hirngespinnne, Lügen, halslose Verleumdungen handelte, die jeder Grundlage der Wahrheit entbehren. So hatte er u. a. die Behauptung erhoben, daß eine Gruppe hannoverscher Genossen ein Mordkomplott gegen ihn geschmiedet habe. Durch die Mühseligkeit dieses scheinbar rettungslos pathologisch gewordenen Menschen, von dem alle gesunden Elemente in der hannoverschen Parteiorganisation abtrüben, drohte der Organisation Niederlagen großer Schaden zu erwachsen.“

Eine Frage wird die „Rote Fahne“ aus diesem Anlaß doch wohl stellen: Ist Iwan Raj erst seit heute pathologisch, oder war er es nicht schon immer? Hat er nicht mit Hirngespinnnen, Lügen und halslosen Verleumdungen gemeinsam mit den Deutschnationalen gegen den Oberbürgermeister von Hannover, den Genossen Weiners, jahrelang gewütet? War Raj nicht direkt ein Hero in der Kommunistischen Partei, weil er einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister mit deutschnationaler Unterstützung zur Strecke brachte? Ist Raj etwa der einzige Kommunist, der rettungslos pathologisch ist? Ist nicht ein guter Teil der kommunistischen Führer und des kommunistischen Radikalismus nur pathologisch zu erklären? Die Novembersozialisten, die in der kommunistischen Bewegung das große Böse führen, was sind sie anderes als wildgewordene Spiegbürger! Die

„Rote Fahne“ stellt die Frage, wo Raj landen wird. Sie kann beruhigt sein. Bei der Sozialdemokratie wird er nicht landen. Vielleicht wird er noch ein ganz brauchbarer Unternehmer-Lyndikus. Der Krach in Hannover ist übrigens nicht vereinzel. Die „Bosche Zeitung“ meldet über die Auflösung der kommunistischen Organisation in der Pfalz folgendes:

„Die kommunistische Parteizentrale hat die Landesorganisation Pfalz der kommunistischen Partei aufgelöst, nachdem die Mission eines besonderen Beauftragten der Berliner Zentralkomitee, der die der Richtung Ruth Fischer treugebliebenen pfälzischen Genossen zur Reife bringen sollte, an dem Widerstand der pfälzischen Kommunisten gescheitert war. Die bisherigen Führer wurden kaltgestellt. Der Redakteur und der Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“ wurden entlassen und die hinter der Zentralkomitee stehende Mehrheit der pfälzischen Kommunisten an die badiische Landesorganisation angegeschlossen.“

Darüber erfährt man in der „Roten Fahne“ leider nichts. Solche Dinge zu berichten, ist mindestens ebenso unangenehm wie die Beschäftigung mit den Debatten auf dem russischen Parteitag. Es lassen sich eben nicht alle Probleme mit der Diktatur allein lösen.

Südtirol. Der Fall Roldin.

Aus München meldet WLB nachstehende Einzelheiten über den Fall des Dr. Roldin in Salurn:

Der Führer des Deutschtums im Unterland, Rechtsanwalt Josef Roldin, wird schon seit geraumer Zeit von den Behörden und den Faschisten verfolgt, insbesondere weil er in bezug auf den deutschen Privatunterricht sich auf den gesetzlichen Standpunkt stellt, daß dieser Unterricht erlaubt sei. Gegen ihn wurde schon seit längerer Zeit ein förmlicher Verfolgungsbefehl erteilt. Da sich Dr. Roldin aber nichts zuschulden kommen ließ, enteignete man ihn, indem man durch einen Teil seines Grundbesitzes eine neue Straße anlegte. Da das Gesetz in besonderen Ausnahmefällen beschleunigte Enteignung vorsieht, wurde dieses Ausnahmeverfahren bei Dr. Roldin angewendet. Der Salurner Präsektor (Bürgermeister) Umech forderte mittels eines Dienstbefehls die Entfernung eines Zaunes, den Dr. Roldin zur Sicherung seines entzweigeteilten Weingutes errichten ließ. Dr. Roldin achtete den Befehl nicht, weil dem Präsektorkommissar kein Recht für diesen Befehl zustand. Hierfür wurde dem Kommissar die Entfernung des Zaunes von Amt wegen angedroht und am 12. Dezember 1925 wurde der Zaun unter großem Aufgebot von Carabinieri und Faschistenmäßig entfernt. Dr. Roldin leitete darauf die gerichtliche Besitzklage ein, die noch läuft. Am 19. Dezember 1925 wurde Dr. Roldin in die Carabinieri-Kaserne geladen, um sich wegen einer Sammlung für eine Christbaumfeier zu äußern. Zur Unterredung gestanden sich auch der Kommissar Umech, ein Militärführer, Professor Dogasporo aus Bozen, Leiter des Faschistenblattes „Brennero“, und mehrere Carabinieri.

Alle diese Funktionäre stellten Dr. Roldin zur Rede. Man fragte Dr. Roldin u. a., ob er mit dem faschistischen Regime in Südtirol einverstanden sei, ferner ob er Iredeunist wäre und ob er sich den Anordnungen des Präsektorkommissars füge usw. Nach fünfständiger Unterredung wurde Dr. Roldins Verhaftung verfügt und Dr. Roldin gefesselt nach Neumarkt gebracht. Am 7. Januar wurde Dr. Roldin gefesselt nach Trient gebracht, wo er nun die für den 12. Januar anberaumte Verhandlung abwartet. Das Ansuchen um Bewilligung der vorläufigen Freiheit wurde abgewiesen. Gegenstand der Anklage ist Amtstreueverletzung und Auforderung zur Nichtbefolgung der Befehle (Privatunterricht).

Faschisten-Beschwerde in Basel.

Basel, 12. Januar. (Mib.) Der italienische Generalkonsul in Basel, Lamburini, legte beim Regierungsrat in Basel dagegen Beschwerde ein, daß das politische Departement zu viel nachsichtig über gegenüber den Gegnern des Faschismus. Der Baseler Regierungsrat hat diese Beschwerde abgewiesen und das Material dem Bundesrat überandt. Der italienische Generalkonsul ist daraufhin, wie die „Baseler Nachrichten“ melden, zur mündlichen Berichterstattung nach Rom gefahren.

Das Attentat.

Von Hans Bauer.

Maximilian Stiefel überlegte es sich dreimal an der Haltestelle der Autodrosche, ob er sich es auch leisten könne zu fahren. Und dann sagte er sich, daß die Straßen von dem Regen, der vorhin niedergelassen war, noch feucht seien und daß seine Lackschuhe darunter leiden könnten. Im übrigen war ja heute ein ungewöhnlich warmer Tag, der einen ungewöhnlichen Abschluß rechtfertigte. Da schritt Maximilian Stiefel auf einen Chauffeur zu, der einen besonders schönen Wagen lenkte und sagte an: Hauptstraße 138.

Nach dem abkühlenden Regen hatte sich der Himmel aufgeklärt und eine herrliche sternklare Nacht hing über der Erde. Um sie recht zu genießen, bestellte Stiefel dem Chauffeur, er solle nicht so eilig fahren. Dann lehnte er sich behaglich in das Lederpolster und dachte noch einmal die Begebnisse des heutigen Tages durch, der der Hochzeitstag seiner Schwester gewesen war.

Nach einigen Minuten war Stiefels Wagen in das innere Stadtviertel gelangt und bog nun in eine Straße ein, in der sich die Regierungsgebäude befanden.

Als Stiefel auf eines, das trotz der späten Nachtstunden noch eine große Reihe erleuchteter Fenster aufwies, mit besonderer Aufmerksamkeit blickte, sah er plötzlich eine dunkle Gestalt neben sich auftauchen, die mit einem Schuß auf das Trittbrett des Autos sprang. Dann sah er einen Feuerstrahl und fühlte einen Schmerz und griff an seine Brust und empfand, ehe ihm die Sinne vergingen, noch Dunkel, daß er in Blut tauchte.

Einige Sekunden später hatte die Straße von aufgeregten Kufen wider. Der Chauffeur war von seinem Sitz aufgesprungen und hatte sich mit Unterstützung einiger Passanten an die Verfolgung des Attentäters gemacht, die auch zu seiner Ergreifung führte.

Der Attentäter war ein blutjunger Mensch, der feines Aussehen mehr machte, als er sah, daß er die Partie verloren hatte. Er wurde auf die nächste Polizeiwache geschafft und gestand: Er habe den verhafteten Minister beleidigen wollen, den er für ein Ungeheuer seines Vaterlandes halte.

Der junge Mann hatte ziemlich, aber doch nicht ganz genau die Minute errechnet, zu der der Minister die Nordallee passieren mußte. Der wirkliche Minister war zwei Minuten später gekommen. Auf Anruf von Seiten, die sich um Stiefel bemühten, hatte er seinen Wagen halten lassen und ihn zur Fortschaffung des Schwerverletzten zur Verfügung gestellt. Er erfuhr noch in derselben Nacht, daß der Schuß ihm getroffen hatte und daß der Privatmann Maximilian Stiefel einer Verwundung zum Opfer gefallen war.

Im Laufe des nächsten Tages ward auch Stiefel, der vorübergehend wieder zum Bewußtsein kam, über den Sachverhalt aufgeklärt. Er machte große verwunderte Augen: „Für den Minister bin ich gehalten worden? Für diesen Minister?“ Verachtend sah er auf die Worte, die er sagte. Er richtete sich in seinem Bett auf: „Was hab' denn ich mit diesem Minister zu tun? Ich verabscheue ihn. Ich will von diesem Minister nichts wissen.“ Er sank in seine Kissen zurück. Bleich und erschöpft.

Am Nachmittag meldete sich in der Klinik ein Herr an, der Stiefel zu sprechen begehrte. Der Anstaltsleiter hatte zuerst Be-

denken, aber als er erfuhr, daß der Besucher der Minister war, schlug er diese Bedenken nieder. Der Minister fragte: „So glauben Sie, daß der Patient schon heute wieder kräftig genug ist, Besuche empfangen zu können?“

Der Professor schüttelte leise den Kopf: „Ich erlaube den Besuch, weil auch ohne ihn der heutige Tag sein letzter wäre.“

Stiefel bemerkte den Eintritt des Ministers zuerst gar nicht. Erst als dieser einen großen Strauß weißer Rosen vor ihn hinlegte, wandte er langsam den Kopf.

Der Minister sprach ein paar Worte: „Ich habe Sie um Verzeihung zu bitten! Sie leiden für mich. . . Er wollte fortfahren. Aber der Kranke wehrte mit der Hand ab: „Ich habe mit Ihnen nie etwas gemein gehabt. . . Ich denke ganz anders wie Sie. . . Ich habe Sie nie gemocht. . . Er fand keinen Atem mehr. Er hustete.

Der Minister biß sich auf die Lippen und sagte dann sehr mild, sehr zart: „Das Entsetzliche, das geschehen ist, hat mit Politik nichts zu tun. Es geht hier um menschliche Dinge.“

Stiefel antwortete mit müder Stimme: „Das alles hat nur mit Politik zu tun. Hätten Sie eine andere Politik gemacht, müßte ich für Sie nicht büßen.“

Stiefels Wunde war inzwischen immer schmerzvoller geworden. Er wachte sich ruhelos und ächzte. Als er wieder etwas sagen wollte, konnte er dies nur so leise tun, daß seine Worte von einem vieltausendstimmigen Gejang, der aus einer nicht sehr entlegenen Straße tönte, überhört wurden. Er fragte mit Anstrengung, was dies sei. Der Minister zuckte verlegen die Schultern. Stiefel erriet: „Ihre Parteigänger demonstrieren für Sie?“ Er stützte sich auf die Hände und bemühte sich, im Bett zu sitzen. Der Minister wollte ihm behilflich sein. Stiefel schrie: „Rühren Sie mich nicht an!“ Und dann ging eine merkwürdige Veränderung in ihm vor. Seine Wangen füllten sich mit heißem Blut und seine Augen lächelten mild: „Es wird noch alles gut werden. Morgen löse ich die Kammer auf. Da müssen Sie gehen. Der junge Mann wird mein Ministerpräsident.“ Ein Juden ruckte durch seinen Körper. Er fiel tot in die Rissen zurück.

An die Fenster seines Sterbezimmers füllte der Gesang der Demonstranten.

Das Volksbühnenkonzert, deren Leitung jetzt reichlich Gelegenheit gibt, Werke neuesten Schaffens kennenzulernen, stellte am Sonntag jüngste Chorkompositionen zur Diskussion. Krenel, Buttling, Vetryel, Hindemith und Bartok waren die Namen, die das Programm füllten. Alle Schöpfungen erfordern ein Höchstmaß an längerischer und musikalischer Qualität bei den Ausführenden. Die Stuttgarter Madrigalvereinigung (6 Damen, 4 Herren) unter Leitung Hugo Hofles hat dieses. Sie vermag sowohl das einzelne Werk wie auch die ganze gebotene Folge von Kompositionen, die trotz zeitlicher Parallelität außerordentlich viel Umstellung von einem zum andern fordert, restlos zu erschöpfen. Am stärksten wirkte Feliz Vetryel mit seinen drei trohen geistlichen Madrigalen für Frauenchor: geschickte Imitation künstlichen Madrigalismus mit neuzeltlicher Haltung. Hindemith: schlagkräftig, viel Stimmentzung und sangestrotze Koloratur. Ganz anders konnte Rog Buttling: den Texten Stefan Georges gemäß tiefinnig und vergrübelt in Klang- und Linienreiz. Ernst Krenels Chöre bewegen sich zwischen

primitiven Dreiklangseureigungen und hochentwickelter, vielnerästeter Violinkunst. Bela Bartoks Bearbeitungen sozialistischer Volkslieder bezaubern ein ganz anderes Gebiet, wenn auch in der Sphäre der gleichen Mittel. Die Werke, sämtlich beim letzten Donausänger S. O.

Ein Weffinien-Film. Die Urania macht uns mit einem italienischen Film bekannt, der einen Reisebericht durch Weffinien darstellt und uns in unterhaltender Weise über Land und Leute unterrichtet. Leider fehlt der begleitende Vortrag, ohne den ein solcher Film seine volle Wirkung nicht erzielt, da der Besucher schließlich mehr wissen will und muß, als was in den Filmbildern gezeigt werden kann. Immerhin bekommen wir ein lebendiges Bild von dem Charakter des Landes, das stark gebirgig ist und von Osten her steil zu einem Hochplateau ansteigt. In der dünnen Zeit trocken, verwandelt sich die Flußläufe in der Regenseit in reißende Gewässer. Von dem interessanten Tierleben bekommen wir trotz der Jagdfreudigkeit der Expedition nur eine Jagd auf Wildperde zu sehen, die natürlich mit dem Abschluß zweier prächtiger Exemplare endet. Von religiösen Zeremonien und Prozessionen wird reichhaltigeres Material vorgeführt, und zwar sowohl von den Christen wie von den Mohammedanern. Zahlreiche Ruinen zeigen, daß das Land früher eine höhere Kultur eingenommen hat, die später zurückging. Sehr anschaulich wird im Filme vorgeführt, wie so ein kleiner Souverän — es handelt sich um den König der Löwentöter von Dalia — lebt.

Christian Sindings 70. Geburtstag. Der norwegische Komponist Christian Sinding war Montag, wie aus Oslo gemeldet wird, aus Anlaß seines 70. Geburtstages Gegenstand vieler Huldigungen. Die Philharmonische Gesellschaft ehrte abends den Komponisten durch ein Konzert im Festsaal der Universität. Bei der in den letzten Tagen veranstalteten Sammlung für Sinding wurden allein in Oslo 30 000 Kronen gezeichnet.

Im Cellingmuseum findet Donnerstag, 8 Uhr, ein Vortrag-Abend zum 75. Todestag des Komponisten statt.

Das Theater in der Löhningstraße bleibt wegen Renovierung geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 28. Januar unter neuer Diktion.

Die Morgenfeier für Armin I. Wegner muß technisch Schmierigkeiten wegen noch mehr verloben werden. Der Vortrag wird am 24. Januar auf Freitag des 60. Geburtstages Herbert Quirkebergs eine Programmspiel für diesen stattfinden.

In der Neppfischen Abteilung der Staatlichen Museen finden vom 14. Januar ab bis auf weiteres jeden Donnerstag von 11-12 Uhr Vorträge durch wissenschaftliche Beamte statt. Gebühr 30 Pf.

Eine schwedische Ausstellungsreise in Deutschland ist unter Mitwirkung von Prof. Viktor Sjörö in Stockholm zustande gekommen, der sich dabei der Unterstützung der schwedischen Behörden erzieht. Nicht nur die schwedischen Museen, sondern auch bekannte Privatsammlungen haben ihm Material für die Ausstellung zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung wird Mitte Januar in Hamburg in der Kunsthalle, Ende Februar in Bremen in dem Museum für Kunst- und Kulturgeschichte und wahrscheinlich Anfang April in Berlin in dem jüngeren Kronprinzenpalais eröffnet werden.

Die Wirtschaftslage Polens.

Ein günstiges Urteil Professor Caemmerers.

Warschau, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wertminderung der auf 1 Dollar gleich 5,18 1/2 Zloty stabilisierten Währung um rund ein Drittel ihres Wertes und die schwere Wirtschaftslage in Polen infolge der Kapitalnot (allerdings auch infolge des fehlenden Absatzes nach Rußland) soll durch eine Dollaranleihe geholt werden. Gewiß um ihre Sicherheit zu prüfen, ist — wenn auch nicht mit amtlichem Charakter — der amerikanische Finanzfachverständige Professor Caemmerer einige Wochen in Polen gewesen. Vor seiner Heimreise hat er den Pressevertretern in Warschau folgende Erklärungen abgegeben:

Das allgemeine Finanz- und Wirtschaftsproblem Polens, wie auch dessen Finanzschwierigkeiten unterscheiden sich nicht von den ähnlichen Nachkriegsproblemen vieler anderer Länder. Im Augenblick, wo ich Polen verlasse, bin ich viel optimistischer als im Augenblicke meiner Ankunft. Der Fortschritt in Polen kann durch intensive Arbeit, durch Kraftanstrengung und den Opferwillen des ganzen Volkes erreicht werden. Polen besitzt große und vielfältige Naturreichtümer. Die große Kraft, mit der die polnische Nation ihre nationale Existenz durch 150 Jahre der Fremdherrschaft verteidigte, der Wiederaufbau des Landes nach dem Weltkrieg und nach der bolschewistischen Invasion beweisen die innere Kraft des polnischen Volkes. Durch den Pakt von Locarno wurde Polens Sicherheit im internationalen Sinne gesichert. Die finanzielle Depression war das Ergebnis eines unbegründeten, übermäßigen Mangels an Vertrauen zu den eigenen Finanzen.

Polen wollte aus eigener Kraft die finanzielle Sanierung durchführen und hat dadurch einen Fehler begangen.

dessen Quelle ein überschüssiger eigener Ehrgeiz war, der aber die eigenen Kräfte überhöht hat. Die Ernte 1925 war gut. Die Handelsbilanz ist seit einer Reihe von Monaten günstig und wird sich in diesem Zustande für die Zukunft erhalten lassen. Die Engrospreise sind in Polen im Verhältnis zum Sturz des Zloty nicht in die Höhe gegangen. Der Kurs des Dollars fiel von 12,50 auf 8 Zloty. Die Engrospreise in Polen im allgemeinen sind seit 1914 viel weniger in die Höhe gegangen als im übrigen Europa und Amerika. Die gegenwärtige Politik der polnischen Regierung ist sehr gesund, weil sie eine rückwärtslose Herabsetzung der Ausgaben (besonders der Beamtengehälter und durch Beurlaubung der Soldaten ohne Vöhung und Verpflegung, Red. d. A.) im Budget wie auch Einschränkungen des Imports und der inneren Konsumtion umfaßt. Die Staatsausgaben wurden um 500 Millionen Zloty, d. h. um 25 Proz. gegenüber 1925 reduziert. Die Stabilisierung des Budgets für dieses Jahr ist gesichert. Die Bank von Polen (Emissionsbank) hat zu rückwärtslos das Prinzip der Aufrechterhaltung der Reserven gegenüber der Emission eingehalten. Die Reserven dürfen 40 Proz. der Emission decken. Der Umlauf der Staatspapiere (neben den Banknoten, Red.) ist zu groß. Infolge der entschlossenen Politik des Abbaus der Ausgaben wird die finanzielle Situation in Polen sich bessern. Das polnische Volk führt Sparmaßnahmen in einer Weise durch, die den Beweis eines starken Patriotismus liefert. Die Aussichten für die Zukunft sind günstig.

Diese Erklärungen sind gewiß eine starke Hilfe für Polens Anleihewünsche. Mit der Keuzerung über das Rücksteigen der Großhandelspreise kann Caemmerer nur meinen, daß die — unzulängliche — Steigerung geringer sei, als der Wertminderung entsprechen würde. Aber die sehr große Arbeitslosigkeit — in Lodz 30 000 Arbeiter von 500 000 Einwohnern! — und der miserable Geschäftsgang überhaupt haben die Kaufkraft tief herabgedrückt. Beträgt doch die Erwerbslosenunterstützung höchstens 1 Zloty 50 Groschen (jezt 75 Pf.) täglich für eine ganze Familie!

In den polnischen Kohlenrevieren von Ostoberschlesien und Dombrowa ist die Wirtschaftslage etwas besser als sonst in Polen, weil infolge des Zlotysturzes die polnische Kohle im Ausland mehr gekauft wird. Aber in Polen selbst beträgt der Kohlenverbrauch pro Kopf und Jahr nur eine halbe bis dreiviertel Tonne gegen 3 Tonnen in Deutschland und an 7 Tonnen im Deutschen Reich. Der Inlandspreis der polnischen Kohle ist 26 Zloty pro Tonne, während man sie nach Skandinavien und Italien für 11 Zloty, nach Deutschland für 16 Zloty abgibt! Die Geringfügigkeit des Inlandsverbrauches ist, neben dem Stillstand so vieler Fabriken und der Volksarmut, auch der Holzfeuerung auf den Bahnen in Ostpolen zuzuschreiben.

Die neue Zlotystabilisierung wird zu bedeutend niedrigerem Zlotywert als dem bisherigen erfolgen müssen, wenn Polen exportfähig bleiben soll. Und den entscheidenden Markt, für den die kongresspolnische Berg- und Textilindustrie solange gearbeitet hat, den Absatz im weiten Rußland, wiederzugewinnen, besteht leider noch keine Aussicht. Das russische Außenhandelsmonopol hatte in Lodz große Bestellungen gemacht, sie aber trotz weitgehender Kreditangebote der Industrie wieder zurückgezogen — offenbar, weil man nicht zahlen kann.

Aus der französischen Diplomatie. Nach dem „Petit Parisien“ sollen im französischen Auswärtigen Amt nicht unbedeutende Umbesetzungen geplant sein. Der bisherige politische Direktor Barache soll an Stelle des in den Ruhestand tretenden De Bonafant zum Botschafter in Warschau ernannt werden. Eine Neubesetzung dieses Postens im Auswärtigen Amt sei nicht zu erwarten. Der Direktor für die Handelsbeziehungen, De la Pougnauderie, soll den Posten eines Generaldirektors der Oltamanschen Bank übernehmen und durch den Botschafterat de Saint-Quentin, früher in Berlin, ersetzt werden.

Aus der Partei.

Karl Erdmann, der Leiter der Gesellschaft „Aufbau und Werden“ und der Verlagsanstalt „Deutsche wirtschaftspolitische Gesellschaft“, hat dem Bezirksvorstand Berlin unter dem 8. Januar 1926 mitgeteilt, daß er mit seiner Frau aus der Sozialdemokratischen Partei ausscheidet. Ein Antrag auf Ausschluß Erdmanns aus der Partei war von der Zehlendorfer Abteilung schon am 4. Januar beim Bezirksvorstand eingereicht worden. Zur nächsten Sitzung des Bezirksvorstandes sollte Erdmann geladen werden. Dem Ausschluß ist er also rechtzeitig aus dem Wege gegangen. Erdmann kündigt in seinem Schreiben weiter an: „Meine Gründe werde ich Ihnen in den nächsten Tagen durch die Dessenitätlichkeit mitteilen.“ Was Erdmann zu sagen hat, ist der Dessenitätlichkeit schon bekannt. Ebenso bekannt ist, daß sein Ausschluß wegen der von ihm verübten Korruption der Partei durch Verwendung von Geldern arbeiterfeindlicher Unternehmerorganisationen erfolgen sollte. Der Ausschlußantrag der Zehlendorfer Organisation gründete sich auf die Ermittlung der Parteistimmen, auf die der „Vorwärts“ schon am 26. Oktober 1925 mit einer Warnung vor den Untereinanderungen Erdmanns hingewiesen hatte.

Ein Parlamentsjubiläum begeht in diesen Tagen der Genosse Wilhelm Reil. Er wurde vor 25 Jahren in den württembergischen Landtag gewählt. Mit ihm traten damals die Genossen Hildebrand, Tauscher, Klotz und Harrer Blumhardt in den Landtag ein. Hildebrand ist heute nicht mehr württembergischer Landtagsabgeordneter; die anderen drei Genannten sind seit Jahren verstorben. — Unsere Partei ist heute im württembergischen Landtag durch 13 Genossen vertreten.

Wetterwende.

Wer hätte noch am Sonnabend gedacht, daß es am Montag Stein und Bein friert? Am Freitagabend noch rieselte ein ausgedehnter Schneefall in stetiger Breite auf die arme Stadt und ihre Besiedlung hernieder — es war so das richtige höchste Wetter, ohne daß die Quecksilbersäule ihre Höhe änderte. Am Montag kam Kälte und heute muß man die Eisblumen an den Fenstern der Straßenbahn austauen, um feststellen zu können, ob man noch nicht bald die fahrende gastliche Städte mit ihrer Polarität verlassen kann. Der Übergang von den kalten Wintern unserer Zone in eine warme „kalte Jahreszeit“ — so wie es die Wettergelehrten vorausgesetzt haben — vollzieht sich in Formen, die an Reichtum der Abwechslung nichts zu wünschen übrig lassen. Heute kalt, morgen warm, übermorgen kalt und so fort mit Grazie. Da haben selbst die Botschafter zu tun, ihren Wohnungen eine erträgliche Temperatur zu geben. Um so schümmer geht es den Erwerbslosen, der „industriellen Reservearmee“. Keine Kohlen im Keller, kein Geld im Hause — zum Hunger noch die Kälte! Selbst die Kohlenhändler haben nicht viel vom veränderlichen Winter: Ist's warmes Wetter, braucht niemand Kohlen, ist es kalt, können die Erwerbslosen dennoch keine Kohlen kaufen. Wir haben einen schlimmen Winter, meteorologisch wie sozial!

Ueber die Wetteraussichten für die nächsten Tage ist etwa folgendes zu sagen: Der plötzliche Wetterumschwung, dessen Anzeichen bereits am Montag in Erscheinung traten, ist auf eine vollkommene Veränderung der Luftdruckverhältnisse in Mittel- und teilweise auch Osteuropa zurückzuführen. Nachdem noch vor wenigen Tagen das Thermometer für die jetzige Jahreszeit ungewöhnliche Wärmegrade anzeigte, ist das Thermometer heute morgen auf minus 9 Grad gefallen. Das Barometer steigt ständig und hat einen Stand von 779 Millimetern erreicht. Dennoch scheint das über uns lagernde Hochdruckgebiet für die nächsten Tage kaltes Wetter zu verbürgen. Auf irgendwelche Niederschläge wird nicht zu rechnen sein, so daß die Hoffnung der Jugend auf Schneefall nicht in Erfüllung gehen dürfte. Es hat den Anschein, als ob die Frostperiode von längerer Dauer sein und in den nächsten Tagen vielleicht noch eine kleine Verschärfung erfahren werde. Der Mittelpunkt des Hochdruckgebietes liegt im Norden, etwa über der Ostsee und der südlichen Hälfte Skandinaviens. Ganz Deutschland steht unter dem Einfluß dieses Hochs und überall wird starkes Sinken der Temperatur gemeldet.

Die Zugspitze meldet 25 Grad Kälte, Königsberg 17 Grad, Breslau 12 Grad. In Frankfurt und Karlsruhe ist die Temperatur nur auf 6 Grad gefallen. Der Nordwestwind, der eingeseht hat, weht bisher noch mit geringer Stärke, wird aber infolge seiner Beständigkeit stark empfunden.

Von besonderer Bedeutung ist die Trockenheit und der einseitige Frost für die Hochwassergebiete. Da keine neuen Niederschläge gefallen sind, werden sich ganz automatisch die Spiegel der Flußläufe senken, so daß mit einer schnellen Abnahme des Hochwassers zu rechnen ist. Also: für Berlin in den nächsten Tagen trockenes, heiteres Wetter bei zunehmendem Frost, keine Niederschläge.

Nicht verantwortlich! Auch eine Kriegsfolge.

Auf Amtsverbrechen lautet die Anklage gegen den beim Landgericht III als Kassenleiter beschäftigten Arthur B. Er mußte sich vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg verantworten, weil er Strafakten beiseite geschafft hatte. Außerdem wurde ihm noch vorgeworfen, daß er dritten Personen von dem Inhalt dieser Akten Kenntnis verschafft.

Was man in der Beweisaufnahme von dem Leben und Treiben dieses Angeklagten zu hören bekam, war zum mindesten ebenso verworren, wie die ganzen Handlungen, die ihn jetzt vor den Richter führten. B. war Kriegsteilnehmer und hatte sich im Felde ein schweres Verdenkleiden zugezogen. Da er aber seinen Dienst zur allgemeinen Zufriedenheit erledigte, ließ man ihn ohne Bedenken in seiner doch immerhin verantwortlichen Stellung. Seine Kollegen, die in nähere Berührung mit ihm kamen, schätzten allerdings oft über den sonderbaren Mann den Kopf. War B. gerade in guter Laune, dann gab er ganz unermittelt die eigenartigen Abenteuer zum besten, die nur zu deutlich den Stempel der freien Erfindung trugen. So erzählte der Angeklagte eines Tages in völliger Ergriffenheit von dem soeben erfolgten Ableben seiner Schwester. Die Beileidsbetreibungen seiner Bekannten nahm er ebenfalls ernst und gerührt entgegen. In der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß sich die totgekante Schwester noch wohl und munter unter den Lebenden befindet. B. mußte sich auf nichts mehr zu besinnen. Dessenben verstorbenen Eindruck macht auch die ganze Tat, wegen der sich B. verantworten sollte. Bei einem Kaufmann in Schwargendorf ließ sich ein gewisser Behmann an melden, der niemand anders war als der Angeklagte. Gegen den Kaufmann schwebte ein Strafverfahren, in welchem B. seine Hilfe zur Verfügung stellte. Aber nach Erzählung unzusammenhängender Geschichten empfahl sich der eigenartige Besucher ebenso geheimnisvoll, wie er gekommen war. Einige Tage später traf ein Brief von „Herrn Behmann“ ein, der den Kaufmann an einen näher bezeichneten Ort bestellte. B. hatte hierhin die Strafakten mitgebracht und dort für 20 Mark zum Kauf an. Bei diesem „Geschäft“ wurde er verhaftet. Zum allgemeinen Erstaunen fand man in seiner Wohnung einen ganzen Stapel von Akten vor, die der Angeklagte zurückbehalten hatte. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er denn damit beabsichtigt habe, versicherte B. immer wieder, daß er an keine strafbare Handlung gedacht hätte. Nach Anhörung der medizinischen Sachverständigen kam auch das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte für seine Handlungen nicht verantwortlich zu machen sei. Unter Zugrundelegung des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches wurde B. freigesprochen.

Ein Kind von Frettchen zertrüffelt!

Ein nicht alltäglicher Fall, der wahrscheinlich ein junges Menschenleben fordern wird, ereignete sich in der letzten Nacht in der Bübener Straße 11, wozu wir folgendes erfahren: Heute morgen gegen 1/2 Uhr wurde auf der Reitungstraße am Gärtnicher Bahnhof das 2 Jahre alte Pflanzkind Käthe Bitterling eingeleitet, das im Gesicht, an den Armen und Händen zahlreiche Wunden aufwies. 2 Finger fehlten. Die sich herausstellte, wurde das Kind während des Schlafes von 2 Frettchen, die sich aus ihrem Käfig befreit hatten, überfallen und einseitig zertrüffelt. Ueber hundert Wunden wurden an dem Körper des Kindes festgestellt. Nase und Oberarme waren besonders arg zertrüffelt. Das Kind wurde sofort in das Krankenhaus am Urban eingeliefert, wo es hoffnungslos darniederliegt. Eine genaue polizeiliche Untersuchung dieses mehr als seltsamen Falles scheint dringend notwendig.

Der Nord in Brig.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Raubmordes, dem am Weihnachtsabend der Labalhändler Buzzei in der Chausseestraße zu Kiel zum Opfer fiel, sind von der Kriminalpolizei nahezu abgeschlossen. Der bereits am 1. Februar unter dringendem Verdacht verhaftete 24 Jahre alte Reisende Walter Schumann leugnet noch immer, scheint aber durch Zeugenaussagen usw. völlig überführt zu sein. So ist er bestimmt als der junge Mann wiedererkannt, der bald nach der Tat das Haus Buzzeis verlassen hat. Dringend erwünscht wäre es nun, daß sich der Kradfahrerführer meldete, mit dem Schumann am Heiligabend zwischen 1 und 2 nachmittags eine Fahrt gemacht hat, die wahrscheinlich von Brig oder Reußlin in nördlicher Richtung

mit dem Ziel Donaustroße 100 in Reußlin, wo Schumann wohnte, führte. Der Chauffeur, angeblich ein jüngerer Mann von etwa 25 Jahren, hätte vermutlich einen älteren großen Wagen. Sein Fahrgast war ein jüngerer Mann anfangs der zwanziger Jahre, groß und schlant, mit hagerem Gesicht. Er trug einen schwarzen Mantel, einen dunklen Schopput und vielleicht eine schwarzgeränderte Brille. Der Chauffeur mühte sich dieser Fahrt noch entsinnen, denn er erhielt vor dem Hause Donaustroße 100, vor dem er wegen eventueller Fortsetzung der Fahrt kurze Zeit warten sollte, 1 M. Trinkgeld, und sprach noch vor dem Hause Donaustroße 100 mit einem anderen Kradfahrerführer über „den noblen Fahrgast“. Von der Donaustroße 100 fuhr der Wagen nach dem Hallesplatz Reußlin an der Ecke der Schönstedt- und Koller-Friedrich-Straße. Für die Ermittlung des Chauffeurs wird eine entsprechende Bezeichnung geacht. Mitteilungen an die „Kriminalkommission Buzzei“ (Kriminalkommission Bernburg-Albrecht) im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums Berlin.

Für Groß-Deutschland.

In einer klugen Rede setzte sich Dr. Otto Eckstein in einer Veranstaltung des Oesterreichisch-deutschen Botschaftsbundes mit dessen Zielen auseinander. Obwohl es Eckstein für wahrscheinlich hält, daß nur ein stufenweiser Anschluß erfolgen werde, lehnte er die Ansicht nicht völlig ab, daß auch ein plötzlicher Großanschluß möglich sei, so daß Oesterreich zu einem Teilstaat eines geeinigten Deutschlands wird. Als Tatsache trete ja fest, daß über kurz oder lang die Völkerverbindungen dem Zusammenschluß nicht mehr grundsätzlich widerstreben werden. Der Redner wies darauf hin, daß in Frankreich nicht nur Leute wie etwa Barbusse durchaus die Erkenntnis vertreten, daß Frankreich seine Anschließung ändern müsse, sondern daß auch in einem durchaus nationalitätlichen Blatt wie „Le Correspondent“ der Ruf nach einer Französisch-österreichischen Union, die ihre Feinde bei österreichischen Freunden, Beschützern einer großdeutschen Politik, erlebte und nun deren Ansichten darüber wiedergibt mit dem Zusatz, daß es kaum möglich sein werde, auf die Dauer den Anschluß zwischen den beiden Brüdern abzuwehren. Es sei aber davon zu warnen, ungerüstet diese Möglichkeit abzumorden. Die Lage, die entsteht, wenn die langertretende Vereinigung plötzlich möglich würde, ohne daß die beiden Staaten trotz allen Ueberschwangs der Gefühle in staatsrechtlicher Hinsicht nichts Rechtes miteinander anzufangen wüßten, würde zwar einer gewissen Komik, aber weit mehr der Tragik nicht entbehren. Der Redner vertrat die richtige Ansicht, daß, wie sich der Anschluß auch gestalten, ob er plötzlich komme oder allmählich sich emittiere, alle Vorarbeiten dafür getan sein müßten. Die Angliederung auf rechtlichem, sozialem, kulturellem Gebiet müsse sich nach Möglichkeit schon vollziehen haben, bevor endlich die staatsrechtliche Verwirklichung komme. Ein Weg sei schon dadurch beschränkt, wenn das Ausstellungsver- und Wesseln der beiden Staaten zusammengeführt werde, wenn ferner durch die Technik des Unterrichtswesens die Vereinheitlichung der Diplome in beiden Staaten erfolge und schließlich eine gemeinsame Sprachakademie ein gemeinsames Wörterbuch schaffe. Schon die erste Stufe einer wirklichen Angliederung, die Junktions, sei freilich ohne Zustimmung des Völkerverbundes nicht möglich. Doch da diese Junktions letzten Endes auch im europäischen Interesse liege, werde gerade diese Frage vielleicht sehr bald gelöst werden. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß es vor allem notwendig sei, den Völkern zu zeigen, daß es unmöglich sei, ein Brüderpaar gegen das andere auszuspielen, daß aber ihre Vereinigung zwar ihre staatspolitische Krostposition, nicht aber ihre Weltposition verstärken würde. Seine Rede klang in eine Wohnung aus an alle, die für den Anschluß kämpften: Bereit sein ist alles! Professor Hohorn unterrichtete die Ausführungen des Redners, dann schloß Kommissionsrat Böhm, der auch die Veranstaltung anstelle des verstorbenen Vorsitzenden, Genossen Böbe, geleitet hatte, noch mit einem Hinweis darauf, daß bereits das neue gemeinsame Strafgesetz auf Anregung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes geschaffen sei, daß dieser Bund außerdem Ausschüsse für Rechts- und Unterrichtsangelegenheiten einberufen habe, daß ferner eine von ihm vorbereitete österreichische Winterchau, später eine Sommerchau in Berlin das Interesse weiterer Kreise für diesen Bund und damit für die Vereinigung von Deutschland und Oesterreich wecken solle.

Nicht „schwarz weiß rot“.

In der Abendausgabe vom 23. Dezember 1925 brachten wir eine Notiz unter der Ueberschrift „Eine sprachige Wachgesellschaft“. In dieser Notiz wurde darauf hingewiesen, daß die Berliner Wach- und Wachgesellschaft die Fassade ihres Hauses, Luisenstraße 31b, schwarzweißrot bemalt habe. Es ist daran die Bemerkung geknüpft: „Es kann allerdings nicht schaden, wenn eine solchermaßen engagierte Firma ihre Gelinnung eindeutig kundgibt. Die schwebelähmenden Republikaner werden die Konsequenzen daraus zu ziehen wissen.“

Dazu wird uns vom Deutschen Verkehrsband folgendes geschrieben: „Als Vertreter des Deutschen Verkehrsbandes hatten wir am 6. Januar Gelegenheit, die geschützte Hausfassade zu besichtigen. Die Hausfassade ist zu einem Teil grau, zu einem Teil weiß, die Fensterrahmen und der Lüreingang schwarz, und eine am Hause angebrachte Beleuchtung, bestehend aus zwei vom Dach bis zur Erde reichenden schmalen Eisenblechrahmen, rot gestrichen. Wenn man also den Tatsachen nicht Gewalt antun will, kann nicht die Rede davon sein, daß die Fassade in den genannten Farben bemalt ist. Reherbei ist am 7. Januar der Antritt der Rahmen in Gelb in Angriff genommen. Wir sind in gemeinschaftlicher Verbindung mit dem Konzern der Berliner Wachgesellschaften seit vielen Jahren und wissen, daß die Leiter, die Herren Braun und Henmann, nichts weniger sind als Propagandisten für Schwarz-Weiß-Rot. Besonders bemerken möchten wir noch, daß die Gesellschaft die einzige ist, die auf unsere Anregung hin den Wachgesellschaften die Farbe Schwarz-Rot-Gold zur Verfügung stellte. Bei dem Konzern werden über 500 Wächter beschäftigt, die, zum größten Teil bei uns organisiert, dort unter tariflichen Bedingungen arbeiten.“

Von einem Straßenbahnwagen erschallt. Heute morgen gegen 9 Uhr wurde der 38 Jahre alte Bantbeamte Helmuth Sängner aus Potsdam, der entgegen den Verkehrsregeln den Potsdamer Platz bei freigegebenem Fuhrwerksverkehr überfahren wollte, von einem Straßenbahnwagen der Linie 22 erfaßt und etwa 3 Meter mitschleift. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Verunglückte nach dem Elisabethkrankenhaus transportiert, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

Eisbahn in Wannsee. Im Freibad Wannsee ist wieder eine Eisbahn eröffnet worden. Eintrittspreis für Erwachsene 30 Pf. für Kinder 10 Pf. Schulen Ermäßigung. Garderobenräume vorhanden. Das Restaurant ist geöffnet.

Die japanischen Europaflieger wieder in Tokio. Nach einer Meldung der „Times“ aus London, sind die beiden japanischen Weltflieger, die bekanntlich im vorigen Jahr auch Berlin besucht hatten, am letzten Sonntag wohlbehalten in Tokio eingetroffen.

Reifung zweier amerikanischer Flieger. Zwei amerikanische Flieger, die am 2. Januar in die Nähe von Atlantic City zu einer Redandung auf hoher See gezwungen waren, wurden von einem amerikanischen Küstenkrieger nach New York eingebracht. Die Flieger waren, da sie eine Woche nahrunglos auf dem Ozean herumgetrieben waren, nahezu verhungert.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

111. Abt. Polizeibehörde, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Helmsmann, Wallmoeberer Straße, Generalversammlung.

